



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 13. Februar 2013 (14.02)
(OR. en)**

6355/13

**Interinstitutionelles Dossier:
2013/0030 (NLE)**

**ELARG 5
ACCTR 1**

VORSCHLAG

der	Europäischen Kommission
vom	8. Februar 2013
Nr. Komm.dok.:	COM(2013) 51 final
Betr.:	Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts Kroatiens

Die Delegationen erhalten in der Anlage den mit Schreiben von Herrn Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, an den Generalsekretär des Rates der Europäischen Union, Herrn Uwe CORSEPIUS, übermittelten Vorschlag der Europäischen Kommission.

Anl.: COM(2013) 51 final



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 8.2.2013
COM(2013) 51 final

2013/0030 (NLE)

Vorschlag für eine

VERORDNUNG DES RATES

**zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier
Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft,
Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie,
Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und
Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts Kroatiens**

BEGRÜNDUNG

1. KONTEXT DES VORSCHLAGS

Dieser Vorschlag für eine Verordnung des Rates wird aufgrund des bevorstehenden Beitritts der Republik Kroatien zur Europäischen Union unterbreitet.

Der Vertrag über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union¹ wurde von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Republik Kroatien am 9. Dezember 2011 in Brüssel unterzeichnet.

Nach Artikel 3 Absatz 3 des Beitrittsvertrags tritt er am 1. Juli 2013 in Kraft, sofern alle Ratifikationsurkunden vor diesem Tag hinterlegt worden sind.

Nach Artikel 3 Absatz 4 des Beitrittsvertrags können die Organe der Union vor dem Beitritt Maßnahmen erlassen, die unter anderem in Artikel 50 der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien² vorgesehen sind. Diese Maßnahmen treten nur vorbehaltlich des Inkrafttretens des Beitrittsvertrags am Tag seines Inkrafttretens in Kraft.

Für den Fall, dass vor dem Beitritt erlassene Rechtsakte der Organe aufgrund des Beitritts eine Anpassung erfordern und die erforderlichen Anpassungen in der Beitrittsakte oder ihren Anhängen nicht vorgesehen sind, sieht Artikel 50 der Beitrittsakte vor, dass der Rat oder die Kommission (sofern sie die ursprünglichen Rechtsakte erlassen hat) die erforderlichen Rechtsakte erlässt.

Unter Nummer 2 der Schlussakte³ wird auf die politische Einigung über einige Anpassungen der Rechtsakte der Organe Bezug genommen, die zwischen den Mitgliedstaaten und Kroatien in Zusammenhang mit der Genehmigung des Beitrittsvertrags erzielt worden ist; die Hohen Vertragsparteien des Vertrags über den Beitritt haben den Rat und die Kommission ersucht, diese Anpassungen vor dem Beitritt gemäß Artikel 50 der Beitrittsakte anzunehmen, wobei erforderlichenfalls eine Ergänzung und Aktualisierung erfolgt, um der Weiterentwicklung des Unionsrechts Rechnung zu tragen.

Dieser Vorschlag fasst die technischen Anpassungen aller Verordnungen, Beschlüsse und Entscheidungen des Rates sowie aller Verordnungen, Beschlüsse und Entscheidungen des Europäischen Parlaments und des Rates, die aufgrund des Beitritts von Kroatien erforderlich sind, in einer einzigen Verordnung des Rates zusammen.

Zusammen mit diesem Vorschlag für eine Ratsverordnung legt die Kommission dem Rat eine Reihe gesonderter Vorschläge für mehrere Richtlinien des Rates mit technischen Anpassungen der vom Rat sowie der vom Europäischen Parlament und vom Rat gemeinsam erlassenen Richtlinien vor, die ebenfalls aufgrund des Beitritts von Kroatien erforderlich sind. In diesen gesonderten Vorschlägen für Richtlinien

¹ ABl. L 112 vom 24.4.2012, S. 10.

² ABl. L 112 vom 24.4.2012, S. 21.

³ ABl. L 112 vom 24.4.2012, S. 95.

des Rates sind die technischen Anpassungen jeweils nach Verhandlungskapiteln getrennt zusammengefasst. Diese Struktur soll den Mitgliedstaaten die Umsetzung der Richtlinien in nationales Recht erleichtern und entspricht dem Ansatz, der auch beim Beitritt von Bulgarien und Rumänien zugrunde gelegt wurde⁴.

Alle in diesem Paket enthaltenen Rechtsakte sollen am selben Tag im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht werden.

Dieser Vorschlag und die anderen Vorschläge, die Bestandteil dieses Pakets sind, betreffen technische Anpassungen des Besitzstands, der bis zum 1. September 2012 im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht wurde. Dadurch soll genügend Zeit für die entsprechenden Gesetzgebungsverfahren und für die anschließende Umsetzung der Richtlinien und die Umsetzungsnotifizierung durch die Mitgliedstaaten eingeräumt werden. Anpassungen des nach dem 1. September 2012 im *Amtsblatt* veröffentlichten Besitzstand werden hingegen entweder in den entsprechenden Rechtsakten selbst berücksichtigt oder zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen des jeweiligen Verfahrens vorgenommen. Darüber hinaus wird die Kommission den Mitgliedstaaten Anfang Juli 2013 eine inoffizielle Liste dieser Rechtsakte vorlegen.

2. ERGEBNISSE VON KONSULTATIONEN MIT INTERESSIERTEN PARTEIEN UND FOLGENABSCHÄTZUNGEN

Da dieser Vorschlag rein technischer Art und nicht mit politischen Entscheidungen verknüpft ist, waren Konsultationen interessierter Parteien oder Folgenabschätzungen nicht angebracht

3. RECHTLICHE ASPEKTE DES VORSCHLAGS

Rechtsgrundlage dieses Vorschlags ist Artikel 50 der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien.

Die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit werden vollständig eingehalten.

Das Subsidiaritätsprinzip (Artikel 5 Absatz 3 EUV) verlangt ein Tätigwerden der Union, da technische Anpassungen von Rechtsakten erforderlich sind, die von der Union angenommen wurden. Der Vorschlag entspricht dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (Artikel 5 Absatz 4 EUV) und geht nicht über das zur Erreichung der angestrebten Ziele erforderliche Maß hinaus.

4. AUSWIRKUNGEN AUF DEN HAUSHALT

Dieser Vorschlag hat keine Auswirkungen auf den Haushalt.

⁴ ABl. L 363 vom 20.12.2006, S. 1.

Vorschlag für eine

VERORDNUNG DES RATES

zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts Kroatiens

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf den Vertrag über den Beitritt der Republik Kroatien, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 4,

gestützt auf die Akte über den Beitritt der Republik Kroatien, insbesondere auf Artikel 50,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Erfordern vor dem Beitritt erlassene Rechtsakte der Organe aufgrund des Beitritts eine Anpassung und sind die erforderlichen Anpassungen in der Beitrittsakte oder ihren Anhängen nicht vorgesehen, so erlässt nach Artikel 50 der Beitrittsakte der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die erforderlichen Rechtsakte, sofern nicht die Kommission den ursprünglichen Rechtsakt erlassen hat, .
- (2) In der Schlussakte der Konferenz, auf der der Beitrittsvertrag abgefasst wurde, wird festgehalten, dass die Hohen Vertragsparteien eine politische Einigung über einige Anpassungen der Rechtsakte der Organe erzielt haben, die aufgrund des Beitritts erforderlich geworden sind, und den Rat und die Kommission ersuchen, diese Anpassungen vor dem Beitritt anzunehmen, wobei erforderlichenfalls eine Ergänzung und Aktualisierung erfolgt, um der Weiterentwicklung des Unionsrechts Rechnung zu tragen.
- (3) Die folgenden Verordnungen sind daher entsprechend zu ändern:
 - im Bereich freier Warenverkehr: Verordnungen (EG) Nr. 1907/2006¹, (EG) Nr. 1272/2008², (EG) Nr. 78/2009³ und (EU) Nr. 1007/2011⁴,

¹ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.

² ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1.

³ ABl. L 35 vom 4.2.2009, S. 1.

- im Bereich Freizügigkeit: Verordnung (EG) Nr. 883/2004⁵,
- im Bereich Gesellschaftsrecht: Verordnung (EG) Nr. 2157/2001⁶,
- im Bereich Wettbewerbspolitik: Verordnung (EG) Nr. 659/1999⁷,
- im Bereich Landwirtschaft: Verordnungen (EG) Nr. 834/2007⁸, (EG) Nr. 1234/2007⁹, (EG) Nr. 73/2009¹⁰ und (EG) Nr. 1217/2009¹¹,
- im Bereich Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit: Verordnungen (EG) Nr. 1760/2000¹², (EG) Nr. 999/2001¹³, (EG) Nr. 998/2003¹⁴, (EG) Nr. 2160/2003¹⁵, (EG) Nr. 21/2004¹⁶, (EG) Nr. 853/2004¹⁷, (EG) Nr. 854/2004¹⁸ und (EG) Nr. 882/2004¹⁹,
- im Bereich Verkehrspolitik: Verordnungen (EWG) Nr. 1192/69²⁰, (EWG) Nr. 1108/70²¹ und (EWG) Nr. 3821/85²², (EG) Nr. 1071/2009²³, (EG) Nr. 1072/2009²⁴ und (EG) Nr. 1073/2009²⁵,
- im Bereich Steuerwesen: Verordnungen (EU) Nr. 904/2010²⁶ und (EU) Nr. 389/2012²⁷,
- im Bereich Statistik: Verordnungen (EWG) Nr. 2658/87²⁸, (EG) Nr. 2223/96²⁹, (EG) Nr. 1221/2002³⁰, (EG) Nr. 437/2003³¹, (EG) Nr. 1059/2003³² und (EG) Nr. 1177/2003³³, (EG) Nr. 501/2004³⁴, (EG) Nr. 1222/2004³⁵, (EG) Nr.

4 ABl. L 272 vom 18.10.2011, S. 1.
5 ABl. L 166 vom 30.4.2004, S. 1.
6 ABl. L 294 vom 10.11.2001, S. 1.
7 ABl. L 83 vom 27.3.1999, S. 1.
8 ABl. L 189 vom 20.7.2007, S. 1.
9 ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1.
10 ABl. L 30 vom 31.1.2009, S. 16.
11 ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 27.
12 ABl. L 204 vom 11.8.2000, S. 1.
13 ABl. L 147 vom 31.5.2001, S. 1.
14 ABl. L 146 vom 13.6.2003, S. 1.
15 ABl. L 325 vom 12.12.2003, S. 1.
16 ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 8.
17 ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 55.
18 ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 206.
19 ABl. L 165 vom 30.4.2004, S. 1.
20 ABl. L 156 vom 28.6.1969, S. 8.
21 ABl. L 130 vom 15.6.1970, S. 4.
22 ABl. L 370 vom 31.12.1985, S. 8.
23 ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 2.
24 ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 72.
25 ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 88.
26 ABl. L 268 vom 12.10.2010, S. 1.
27 ABl. L 121 vom 8.5.2012, S. 1.
28 ABl. L 256 vom 7.9.1987, S. 1.
29 ABl. L 310 vom 30.11.1996, S. 1.
30 ABl. L 179 vom 9.7.2002, S. 1.
31 ABl. L 66 vom 11.3.2003, S. 1.
32 ABl. L 154 vom 21.6.2003, S. 1.
33 ABl. L 165 vom 3.7.2003, S. 1.
34 ABl. L 81 vom 19.3.2004, S. 1.

1161/2005³⁶, (EG) Nr. 1921/2006³⁷, (EG) Nr. 716/2007³⁸, (EG) Nr. 295/2008³⁹, (EG) Nr. 216/2009⁴⁰, (EG) Nr. 217/2009⁴¹, (EG) Nr. 218/2009⁴², (EU) Nr. 1337/2011⁴³ und (EU) Nr. 70/2012⁴⁴,

- im Bereich Justiz und Grundrechte: Verordnung (EG) Nr. 211/2011⁴⁵,
- im Bereich Recht, Freiheit und Sicherheit: Verordnungen (EG) Nr. 1683/95⁴⁶, (EG) Nr. 1346/2000⁴⁷, (EG) Nr. 44/2001⁴⁸, (EG) Nr. 539/2001⁴⁹, (EG) Nr. 1896/2006⁵⁰, (EG) Nr. 861/2007⁵¹, (EG) Nr. 1393/2007⁵² und (EG) Nr. 4/2009⁵³,
- im Bereich Umwelt: Verordnung (EG) Nr. 1221/2009⁵⁴,
- im Bereich Zollunion: Verordnungen (EWG) Nr. 2913/92⁵⁵ und (EG) Nr. 1528/2007⁵⁶,
- im Bereich Außenbeziehungen: Verordnungen (EWG) Nr. 3030/93⁵⁷, (EG) Nr. 517/94⁵⁸, (EG) Nr. 2368/2002⁵⁹, (EG) Nr. 1236/2005⁶⁰ und (EG) Nr. 1215/2009⁶¹,
- im Bereich Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Verordnungen (EG) Nr. 2488/2000⁶², (EG) Nr. 2580/2001⁶³, (EG) Nr. 881/2002⁶⁴, (EG) Nr. 147/2003⁶⁵, (EG) Nr. 1210/2003⁶⁶, (EG) Nr. 131/2004⁶⁷, (EG) Nr. 234/2004⁶⁸,

³⁵ ABl. L 233 vom 2.7. 2004, S. 1 und ABl. L 333M vom 11.12.2008, S. 1.

³⁶ ABl. L 191 vom 22.7.2005, S. 22.

³⁷ ABl. L 403 vom 30.12.2006, S. 1.

³⁸ ABl. L 171 vom 29.6.2007, S. 17.

³⁹ ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 13.

⁴⁰ ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 1.

⁴¹ ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 42.

⁴² ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 70.

⁴³ ABl. L 347 vom 30.12.2011, S. 7.

⁴⁴ ABl. L 32 vom 3.2.2012, S. 1.

⁴⁵ ABl. L 65 vom 11.3.2011, S. 1.

⁴⁶ ABl. L 164 vom 14.7.1995, S. 1.

⁴⁷ ABl. L 160 vom 30.6.2000, S. 1.

⁴⁸ ABl. L 12 vom 16.1.2001, S. 1.

⁴⁹ ABl. L 81 vom 21.3.2001, S. 1.

⁵⁰ ABl. L 399 vom 30.12.2006, S. 1.

⁵¹ ABl. L 199 vom 31.7.2007, S. 1.

⁵² ABl. L 324 vom 10.12.2007, S. 79.

⁵³ ABl. L 7 vom 10.1.2009, S. 1.

⁵⁴ ABl. L 342 vom 22.12.2009, S. 1.

⁵⁵ ABl. L 302 vom 19.10.1992, S. 1.

⁵⁶ ABl. L 348 vom 31.12.2007, S. 1.

⁵⁷ ABl. L 275 vom 8.11.1993, S. 1.

⁵⁸ ABl. L 67 vom 10.3.1994, S. 1.

⁵⁹ ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 28.

⁶⁰ ABl. L 200 vom 30.7.2005, S. 1.

⁶¹ ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 1.

⁶² ABl. L 287 vom 14.11.2000, S. 19.

⁶³ ABl. L 344 vom 28.12.2001, S. 70.

⁶⁴ ABl. L 139 vom 29.5.2002, S. 9.

⁶⁵ ABl. L 24 vom 29.1.2003, S. 2.

⁶⁶ ABl. L 169 vom 8.7.2003, S. 6.

⁶⁷ ABl. L 21 vom 28.1.2004, S. 1.

(EG) Nr. 314/2004⁶⁹, (EG) Nr. 872/2004⁷⁰, (EG) Nr. 174/2005⁷¹, (EG) Nr. 560/2005⁷², (EG) Nr. 889/2005⁷³, (EG) Nr. 1183/2005⁷⁴, (EG) Nr. 1184/2005⁷⁵, (EG) Nr. 305/2006⁷⁶, (EG) Nr. 765/2006⁷⁷, (EG) Nr. 1412/2006⁷⁸, (EG) Nr. 329/2007⁷⁹, (EG) Nr. 194/2008⁸⁰, (EU) Nr. 1284/2009⁸¹, (EU) Nr. 356/2010⁸², (EU) Nr. 667/2010⁸³, (EU) Nr. 101/2011⁸⁴, (EU) Nr. 204/2011⁸⁵, (EU) Nr. 270/2011⁸⁶, (EU) Nr. 359/2011⁸⁷, (EU) Nr. 753/2011⁸⁸, (EU) Nr. 36/2012⁸⁹, (EU) Nr. 267/2012⁹⁰ and (EU) Nr. 377/2012⁹¹,

- im Bereich Organe: Verordnung (EWG) Nr. 1/58⁹²

(4) Folgende Beschlüsse und Entscheidungen sind entsprechend zu ändern:

- Im Bereich Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit: Entscheidungen 2003/17/EG⁹³, 2005/834/EG⁹⁴, 2006/545/EG⁹⁵, 2008/971/EG⁹⁶ und 2009/470/EG⁹⁷,
- im Bereich Verkehrspolitik: die Beschlüsse 2012/22/EU⁹⁸ und 2012/23/EU⁹⁹,
- im Energiebereich: Entscheidung 2006/1364/EG¹⁰⁰ und Beschluss Nr. 2008/114/EG¹⁰¹,

⁶⁸ ABl. L 40 vom 12.2.2004, S. 1.

⁶⁹ ABl. L 55 vom 24.2.2004, S. 1.

⁷⁰ ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 32.

⁷¹ ABl. L 29 vom 2.2.2005, S. 5 und ABl. L 333M vom 11.12.2008, S. 1019.

⁷² ABl. L 95 vom 14.4.2005, S. 1 und ABl. L 159M vom 13.6.2005, S. 347.

⁷³ ABl. L 152 vom 15.6.2005, S. 1.

⁷⁴ ABl. L 193 vom 23.7.2005, S. 1 und ABl. L 352M vom 31.12.2008, S. 231.

⁷⁵ ABl. L 193 vom 23.7.2005, S. 9 und ABl. L 352M vom 31.12.2008, S. 239.

⁷⁶ ABl. L 51 vom 22.2.2006, S. 1 und ABl. L 334M vom 12.12.2008, S. 948.

⁷⁷ ABl. L 134 vom 20.5.2006, S. 1 und ABl. L 352M vom 31.12.2008, S. 432.

⁷⁸ ABl. L 267 vom 27.9.2006, S. 2 und ABl. L 352M vom 31.12.2008, S. 470.

⁷⁹ ABl. L 88 vom 29.3.2007, S. 1 und ABl. L 352M vom 31.12.2008, S. 1033.

⁸⁰ ABl. L 66 vom 10.3.2008, S. 1.

⁸¹ ABl. L 346 vom 23.12.2009, S. 26.

⁸² ABl. L 105 vom 27.4.2010, S. 1.

⁸³ ABl. L 195 vom 27.7.2010, S. 16.

⁸⁴ ABl. L 31 vom 5.2.2011, S. 1.

⁸⁵ ABl. L 58 vom 3.3.2011, S. 1.

⁸⁶ ABl. L 76 vom 22.3.2011, S. 4.

⁸⁷ ABl. L 100 vom 14.4.2011, S. 1.

⁸⁸ ABl. L 199 vom 2.8.2011, S. 1.

⁸⁹ ABl. L 16 vom 19.1.2012, S. 1.

⁹⁰ ABl. L 88 vom 24.3.2012, S. 1.

⁹¹ ABl. L 119 vom 4.5.2012, S. 1.

⁹² ABl. L 17 vom 6.10.1958, S. 385.

⁹³ ABl. L 8 vom 14.1.2003, S. 10.

⁹⁴ ABl. L 312 vom 29.11.2005, S. 51 und ABl. 175M vom 29.6.2006, S. 90.

⁹⁵ ABl. L 215 vom 5.8.2006, S. 28.

⁹⁶ ABl. L 345 vom 23.12.2008, S. 83.

⁹⁷ ABl. L 155 vom 18.6.2009, S. 30.

⁹⁸ ABl. L 8 vom 12.1.2012, S. 1.

⁹⁹ ABl. L 8 vom 12.1.2012, S. 13.

¹⁰⁰ ABl. L 262 vom 22.9.2006, S. 1.

¹⁰¹ ABl. L 41 vom 15.2.2008, S. 15.

- Im Bereich der transeuropäischen Netze: Beschluss Nr. 661/2010/EU¹⁰²,
- im Bereich Justiz und Grundrechte: Beschluss 96/409/GASP¹⁰³,
- im Bereich Recht, Freiheit und Sicherheit: Beschluss SCH/Com-ex(94)28 rev.¹⁰⁴,
- im Bereich Umwelt: Entscheidung 97/602/EG¹⁰⁵,
- im Bereich Zollunion: Beschluss 2001/822/EG¹⁰⁶,
- im Bereich Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Beschluss 2011/292/EU¹⁰⁷—

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

1. Die folgenden Verordnungen werden gemäß dem Anhang geändert:
 - (a) im Bereich freier Warenverkehr: Verordnungen (EG) Nr. 1907/2006, (EG) Nr. 1272/2008, (EG) Nr. 78/2009 und (EU) Nr. 1007/2011,
 - (b) im Bereich Freizügigkeit: Verordnung (EG) Nr. 883/2004,
 - (c) im Bereich Gesellschaftsrecht: Verordnung (EG) Nr. 2157/2001,
 - (d) im Bereich Wettbewerbspolitik: Verordnung (EG) Nr. 659/1999,
 - (e) im Bereich Landwirtschaft: Verordnungen (EG) Nr. 834/2007, (EG) Nr. 1234/2007, (EG) Nr. 73/2009 und (EG) Nr. 1217/2009,
 - (f) im Bereich Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit: Verordnungen (EG) Nr. 1760/2000, (EG) Nr. 999/2001, (EG) Nr. 998/2003, (EG) Nr. 2160/2003, (EG) Nr. 21/2004, (EG) Nr. 853/2004, (EG) Nr. 854/2004 und (EG) Nr. 882/2004,
 - (g) im Bereich Verkehrspolitik: Verordnungen (EWG) Nr. 1192/69, (EWG) Nr. 1108/70, (EWG) Nr. 3821/85, (EG) Nr. 1071/2009, (EG) Nr. 1072/2009 und (EG) Nr. 1073/2009,
 - (h) im Bereich Steuerwesen: Verordnungen (EU) Nr. 904/2010 und (EU) Nr. 389/2012,

¹⁰² ABl. L 204 vom 5.8.2010, S. 1.

¹⁰³ ABl. L 168 vom 6.7.1996, S. 4.

¹⁰⁴ ABl. L 239 vom 22.9.2000, S. 463.

¹⁰⁵ ABl. L 242 vom 4.9.1997, S. 64.

¹⁰⁶ ABl. L 314 vom 30.11.2001, S. 1.

¹⁰⁷ ABl. L 141 vom 27.5.2011, S. 17.

- (i) im Bereich Statistik: Verordnungen (EWG) Nr. 2658/87, (EG) Nr. 2223/96, (EG) Nr. 1221/2002, (EG) Nr. 437/2003, (EG) Nr. 1059/2003 und (EG) Nr. 1177/2003, (EG) Nr. 501/2004, (EG) Nr. 1222/2004, (EG) Nr. 1161/2005, (EG) Nr. 1921/2006, (EG) Nr. 716/2007, (EG) Nr. 295/2008, (EG) Nr. 216/2009, (EG) Nr. 217/2009, (EG) Nr. 218/2009, (EU) Nr. 1337/2011 und (EU) Nr. 70/2012,
- (j) im Bereich Justiz und Grundrechte: Verordnung (EU) Nr. 211/2011,
- (k) im Bereich Recht, Freiheit und Sicherheit: Verordnungen (EG) Nr. 1683/95, (EG) Nr. 1346/2000, (EG) Nr. 44/2001, (EG) Nr. 539/2001, (EG) Nr. 1896/2006, (EG) Nr. 861/2007, (EG) Nr. 1393/2007 und (EG) Nr. 4/2009,
- (l) im Bereich Umwelt: Verordnung (EG) Nr. 1221/2009,
- (m) im Bereich Zollunion: Verordnungen (EWG) Nr. 2913/92 und (EG) Nr. 1528/2007,
- (n) im Bereich Außenbeziehungen: Verordnungen (EWG) Nr. 3030/93, (EG) Nr. 517/94, (EG) Nr. 2368/2002, (EG) Nr. 1236/2005 und (EG) Nr. 1215/2009,
- (o) im Bereich Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Verordnungen (EG) Nr. 2488/2000, (EG) Nr. 2580/2001, (EG) Nr. 881/2002, (EG) Nr. 147/2003, (EG) Nr. 1210/2003, (EG) Nr. 131/2004, (EG) Nr. 234/2004, (EG) Nr. 314/2004, (EG) Nr. 872/2004, (EG) Nr. 174/2005, (EG) Nr. 560/2005, (EG) Nr. 889/2005, (EG) Nr. 1183/2005, (EG) Nr. 1184/2005, (EG) Nr. 305/2006, (EG) Nr. 765/2006, (EG) Nr. 1412/2006, (EG) Nr. 329/2007, (EG) Nr. 194/2008, (EU) Nr. 1284/2009, (EU) Nr. 356/2010, (EU) Nr. 667/2010, (EU) Nr. 101/2011, (EU) Nr. 204/2011, (EU) Nr. 270/2011, (EU) Nr. 359/2011, (EU) Nr. 753/2011, (EU) Nr. 36/2012, (EU) Nr. 267/2012 and (EU) Nr. 377/2012,
- (p) im Bereich Organe: Verordnung (EWG) Nr. 1/58.

2. Die folgenden Beschlüsse und Entscheidungen werden gemäß dem Anhang geändert:

- (a) Im Bereich Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit: Entscheidungen 2003/17/EG, 2005/834/EG, 2006/545/EG, 2008/971/EG und 2009/470/EG,
- (b) im Bereich Verkehrspolitik: Beschlüsse 2012/22/EU und 2012/23/EU,
- (c) im Energiebereich: Entscheidung 2006/1364/EG und Beschluss 2008/114/EG,
- (d) im Bereich der transeuropäischen Netze: Beschluss Nr. 661/2010/EG,
- (e) im Bereich Justiz und Grundrechte: Beschluss 96/409/GASP,
- (f) im Bereich Recht, Freiheit und Sicherheit: Beschluss SCH/Com-ex(94)28 rev.,
- (g) im Bereich Umwelt: Beschluss 97/602/EG,

- (h) im Bereich Zollunion: Beschluss 2001/822/EG,
- (i) im Bereich Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik: der Beschluss 2011/292/EU.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt vorbehaltlich des Inkrafttretens des Vertrages über den Beitritt der Republik Kroatien am Tag seines Inkrafttretens in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am [...]

*Im Namen des Rates
Der Präsident*